

Take Care!

Warum wir die Care- und Klimakrise zusammen denken müssen und was daraus für den überfälligen Umbau des heutigen Wirtschaftssystems folgt

UTA MEIER-GRÄWE

In einem vielbeachteten Vortrag an der National Defense University des US-Pentagon am 16. Februar 2022 überraschte der bekannte Ökonom und Vermögensforscher Thomas Piketty mit einem kühnen Vorschlag: Die USA und Europa sollten Autokraten in Russland und China dadurch herausfordern, dass sie das »veraltete hyperkapitalistische Modell« aufgeben und stattdessen eine langfristige Bewegung hin zu mehr Gleichheit und globaler Gerechtigkeit verfolgen. Neben gezielten Sanktionen gegen Oligarchen und einer höheren Besteuerung von Milliardären und Konzernen setzt er auf die Verteilung der Steuereinnahmen unter allen Ländern, entsprechend ihrer Bevölkerungszahl. Zudem sollen eine gerechte Verteilung von Erbvermögen und höhere Bildungsausgaben den Wohlstand und die wirtschaftliche Entwicklung voranbringen. Piketty entwirft das Modell eines partizipativen und demokratischen Sozialismus für 2050, das sich seiner Einschätzung nach nicht sonderlich vom Wohlfahrtsstaatskapitalismus unterscheiden würde, den es bis in die 1980er und 1990er Jahre in sehr vielen westeuropäischen Ländern gab.

So vielversprechend der Vorschlag auf den ersten Blick auch erscheinen mag, eine strukturelle Bewältigung der weltweiten Klima- und Carekrise müsste zwei weitere Konstruktionsfehler des westlichen Wohlfahrtsstaatskapitalismus überwinden: seine ressourcenintensive Wachstumsfixierung und die rücksichtslose Verwertung der meist von Frauen geleisteten unbezahlten Carearbeit in Privathaushalten, deklariert als außerökonomische Tätigkeit, sowie die Abwertung des Care-Dienstleistungsbereichs als eines vermeintlich »unproduktiven« Sektors der Volkswirtschaft.

Eine wesentliche Ursache der weltweiten Corona-Pandemie liegt zweifellos im rücksichtslosen Vordringen des Menschen in die natürlichen Habitate verschiedener Tierarten. Dieses Handlungsmuster ist Ausdruck der beschleunigten Globalisierung der renditeorientierten Weltwirtschaft mit ihrer ungebremsten Gier nach natürlichen Ressourcen wie Erdöl, Kohle, Holz und Seltenen Erden.

Die Verbreitung des Covid-19-Virus hat schwerwiegende gesundheitliche Risiken generiert, die nicht nur arme oder sogenannte Schwellenländer massiv betreffen. Vielmehr wütet die Pandemie auch im dritten Jahr in den alternden europäischen und nordamerikanischen Gesellschaften und die zunehmend auf Gewinnerwirtschaftung getrimmten Care-Systeme mit überwiegend weiblichen Beschäftigten sind an ihre Grenzen geraten. Gleichwohl wurde bereits in den ersten Tagen des Shutdowns 2020 konkret erfahrbar, dass man faktisch alles herunterfahren kann, nur nicht die Sorgearbeit für Kinder, Kranke und alte Menschen und schließlich auch nicht die Grundversorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Medikamenten und anderen elementaren Dienstleistungen wie der Müllabfuhr. Plötzlich war die »Systemrelevanz« dieser (ver-)sorgenden Berufe in aller Munde, wie Nicole Mayer-Ahuja und Oliver Nachtwey in ihrem kürzlich erschienenen Buch »Verkannte Leistungsträger:innen. Berichte aus der Klassengesellschaft« erläutern.

Folglich steht im Interesse des Überlebens der Spezies Mensch eine tiefgreifende sozial-ökologische Transformation an, welche die aktuelle Care- und Klimakrise in ihrer wechselseitigen Verwobenheit analysieren und simultan angehen muss. Demgegenüber ist der neuerliche Ruf nach einer »entfesselten Wirtschaft« und dem unbedingten Vorrang der gewerblich-technischen Wirtschaftssektoren, vornehmlich von Vertretern der CDU/CSU und der FDP gefordert, vollkommen fehl am Platze. Doch auch die Grünen und ihre Aktivist*innen haben ihre politischen und ökonomischen Aktivitäten zu einseitig auf einen »Green New Deal« fokussiert, ohne zugleich soziale und geschlechterbezogene Dimensionen systematisch zu integrieren: Die anvisierte Dekarbonisierung der Industrie ist zwar unausweichlich und überfällig, läuft jedoch Gefahr, wiederum auf Kosten der weiblichen Hälfte der Gesellschaft und der von ihr übernommenen un- und unterbezahlten Carearbeit vollzogen zu werden. So beschränkt sich

die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Zukunft des »Grünen Wirtschaftens« im Magazin der Heinrich-Böll-Stiftung (2/2021) völlig einseitig auf männlich dominierte Industriezweige wie die Auto-, Energie-, Digital- und Baubranche. Demgegenüber wird das große Potenzial an ressourcenschonenden und sinnstiftenden Arbeitsplätzen im wachsenden Sektor der Care-Ökonomie in keinem einzigen der Beiträge auch nur mit einem Wort erwähnt. Die Care-Ökonomie wird offensichtlich nicht als Teil von Wirtschaft betrachtet. Auch die im März 2021 herausgegebene Publikation »Europa. Besser. Machen. Vorschläge für eine progressive Wirtschaftspolitik« der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) spart die Care-Ökonomie als Gegenstand einer progressiven Wirtschaftspolitik komplett aus.

In der systematischen Ausgrenzung der beiden (re-)produktiven Bereiche, der unbezahlten Arbeit und der ökologischen Natur, aus staats- und marktkapitalistisch verfassten Ökonomien liegen die Ursachen der heutigen Krisen. Das rief bereits in den 1990er Jahren die Forderung nach nachhaltigen Wirtschaftskonzepten hervor, die innerhalb einer breiten öffentlichen und wissenschaftlichen Debatte, ausgehend von der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro, entwickelt wurden. Das daraus folgende Leitbild von Nachhaltigkeit beschreibt das Ziel, die Entwicklungschancen zukünftiger Generationen nicht zu beschneiden und einen global und sozial gerechten Zugriff auf Ressourcen im Sinne einer inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit zu ermöglichen. 1994 entstand, basierend auf den Vorarbeiten der Arbeitsgruppe »Nachhaltiges Wirtschaften aus weiblicher Perspektive«, das Netzwerk »Vorsorgendes Wirtschaften«. Es setzte sich zugleich kritisch mit dem seinerzeit aufkommenden technokratischen Umweltmanagement auseinander: Frauen hätten zwar keinerlei Einfluss auf die industrielle Herstellung von Gütern des täglichen Bedarfs, ihnen werde aber zum Beispiel die Aufgabe der Mülltrennung und gesunden Ernährung ihrer Familie im Sinne einer »Feminisierung der Umweltverantwortung« zugeschrieben. Auch die Debatte um den privaten Haushalt als Wohlfahrtsproduzenten, verbunden mit einer Darstellung der volkswirtschaftlichen Relevanz der maßgeblich von Frauen geleisteten unbezahlten Hausarbeit, wurde wissenschaftlich weiterentwickelt und ging in ein Satellitensystem »Haushaltsproduktion« ein: »Selbst bei einer vergleichsweise vorsichtigen Bewertung beträgt der Wert der unbezahlten Arbeit etwa ein Drittel der im Bruttoinlandsprodukt ausgewiesenen Bruttowertschöpfung«, heißt es beispielsweise in einem Beitrag der Fachzeitschrift »Wirtschaft und Statistik« 2016. Diese Erkenntnisse sind allerdings bis heute nicht in den Mainstream der Wirtschaftswissenschaften vorgedrungen und werden dort auch nicht gelehrt.

Durch die Trivialisierung und Ausblendung von Carearbeit aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und aus den gängigen Wohlstandsindikatoren (BIP) geriet gesellschaftsweit vollkommen aus dem Blick, dass die vielfältigen Tätigkeiten des Sich-Kümmerns und der Fürsorge für andere nicht nur den sozialen Rahmen für die gesellschaftliche Produktion bilden. Das Aufziehen von Kindern, Sorgetätigkeiten zum Erhalt der Gesundheit und Leistungsfähigkeit von Erwachsenen, wie sie im Privaten tagtäglich erbracht werden, aber auch die Pflege von Kranken und hilfebedürftigen Alten stellen produktive sach- und personenbezogene Tätigkeiten dar, ohne die kapitalistisch verfasste Gesellschaften gar nicht überlebensfähig wären. Jede Geldwirtschaft käme letztlich zum Erliegen, würde diese facettenreiche Carearbeit nicht vollzogen. Auch eine grüne Wirtschaft wird ohne die Carearbeit von der Wiege bis zur Bahre und ohne eine verlässliche Dienstleistungsstruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht bestehen können.

Oxfam Deutschland hat ermittelt, dass Mädchen und Frauen weltweit täglich 12,5 Milliarden Stunden unbezahlte Haus- und Fürsorgearbeit leisten, ohne dass der Wert dieser Arbeit ökonomisch und gesellschaftlich anerkannt wird. Würde diese Arbeit bezahlt, entspräche das einem ökonomischen Wert von jährlich mehr als 10,8 Billionen US-Dollar und damit dem Dreifachen des weltweiten Umsatzes im IT-Sektor.

Zudem erfahren auch die erwerbsförmig organisierten Sorgetätigkeiten seit Jahren eine viel zu geringe Bewertung und Bezahlung gegenüber männlich konnotierten Berufen. So verdient die männlich dominierte Berufsgruppe in den IT-Dienstleistungen im Stundendurchschnitt knapp 17 Euro pro Stunde mehr als Fachkräfte in Pflege und Gesundheit – trotz eines vergleichbaren Ausmaßes an Arbeitsanforderungen und -belastungen. Der Durchschnittsverdienst der meist weiblichen Beschäftigten in der Altenpflege liegt insgesamt zwischen 30 und 40 Prozent unter dem aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland. Die Bremer Bildungsforscherin Helga Krüger hat schon vor Jahren die Annahme, dass nur Industrie und Handwerk produktiv seien, soziale Dienstleistungen am Menschen hingegen nur Geld verschlingen, zutreffend als eine »ökonomische Blindflugthese« bezeichnet. Gute Löhne dürften sich in Zukunft folglich nicht länger nur auf Jobs beschränken, deren Produktivität sich in exportierbaren Gütern bemessen lässt. Wir können nun mal Kinder nicht immer schneller erziehen oder Alte, Kranke und behinderte Menschen immer schneller pflegen, wie es die Schweizer Ökonomin Mascha Madörin schon vor Jahren formuliert hat.

Nach Corona werden neue Spielregeln für die Wirtschaft gelten müssen: Das Primat der Politik könnte sich etwa darin manifestieren, dass Gesetzesvorhaben und Konjunkturprogramme einer konsequenten geschlechtergerechten Folgeabschätzung (»Gender Budgeting«) unterzogen werden. Das setzt allerdings die Stärkung der Rolle eines demokratisch agierenden Staates voraus, der klare Ziele formuliert und dann auch konsequent durchsetzt.

Bereits im Januar 2017 hatte die Sachverständigenkommission zur Erstellung des Zweiten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung die Entwicklung einer zusammenhängenden Strategie zur Aufwertung und Neubewertung der SAHGE-Berufe (Soziale Arbeit, Hauswirtschaft, haushaltsnahe Dienstleistungen, Gesundheit, Pflege und Erziehung) nachdrücklich empfohlen. Es ist dringend geboten, diese Empfehlung endlich umzusetzen: Arbeitsmarktprognosen bis 2030 gehen von einem weiteren Rückgang der benötigten Arbeitskräfte in den produktionsbezogenen Berufsfeldern aus. Demgegenüber wird die Gesamtheit der Tätigkeiten in Bildung und Erziehung, in den Gesundheits- und Sozialberufen und in der Körperpflege in 10 Jahren den mit Abstand größten Beschäftigungssektor ausmachen, in dem dann circa ein Drittel aller Erwerbstätigen arbeiten wird. Folglich wird sich ein einseitig industriellastiger Wachstumspfad, der am Wohlfahrtsregime westeuropäischer Länder der 1980er und 1990er Jahre angelehnt ist, eben keineswegs als zukunftsorientiert erweisen.

Wir brauchen endlich eine faire Verteilung von unbezahlter und bezahlter Sorgearbeit zwischen den Geschlechtern. Diese muss auf einer care-zentrierten und am Gemeinwohl orientierten Ökonomie beruhen, die den Prinzipien Kooperation statt Konkurrenz, Vorsorge statt Nachsorge und »Ein gutes Leben für alle« folgt. Es ist offensichtlich, dass sich Sorgearbeiter*innen von transnationalen Haushaltsarbeiter*innen über Erzieher*innen, Reinigungs- und Altenpflegekräfte bis hin zu Sozialarbeiter*innen in den bevorstehenden Verteilungskampf um Ressourcen aktiv und laut einmischen müssen. Beispielgebend ist hier die Berliner Krankenhausbewegung.

In den alternden europäischen Gesellschaften werden in den kommenden Jahren Zehntausende zusätzlicher Fachkräfte im Care-Bereich benötigt. Es braucht folglich breit angelegte Berufsbildungs- und Umschulungsprogramme, um Erwachsene mit und ohne Migrationserfahrung für den personenbezogenen Care-Sektor zu qualifizieren und ihnen im Anschluss sinnstiftende Arbeitsplätze mit guten Löhnen und Aufstiegschancen zu eröffnen. Die Entwicklung einer tragfähigen Struktur in den Sorgeberufen wird folglich ganz selbstverständlich auch von digitalen Gewinnen mitfinanziert werden müssen.

Prof. Uta Meier-Gräwe ist Soziologin und Haushaltsökonomin. Bis 2018 war sie an der Justus-Liebig-Universität Gießen Inhaberin des Lehrstuhls für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und der Familienwissenschaft.